

# Pfronten muss auf Gesetz warten

Erst dann lassen sich die Projekte am Bahnhof Ried verwirklichen

**Pfronten** Schlechte Nachrichten aus Berlin: Die Vorhaben rund um den Bahnhof Pfronten-Ried von der Tagespflege bis zur neuen Nutzung des Lokschuppens lassen sich wohl erst nach einer Gesetzesänderung verwirklichen. Das geht aus der Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf ein Schreiben des Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke hervor. Der sieht sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass die 2023 eingeführten strengeren Regelungen zur Freistellung von Bahnflächen zu großen Schwierigkeiten für Kommunen führen können. Mit dem Regierungswechsel ergebe sich nun die Chance, dieses Problem tatsächlich zu lösen.

Ende Juli hatte sich Stracke nach einem Ortstermin in Pfronten mit einem Schreiben an Verkehrsminister Volker Wissing gewandt und gefordert, dass Ortsentwicklungsprojekte wie das zum Bahnhof Pfronten-Ried und seinem Umfeld wegen ihres übergeordneten öffentlichen Interesses als Freistellungsgrund anerkannt werden müssten. Andernfalls sei eine gesetzliche Klarstellung nötig. Sieben Monate später bestätigt der Staatssekretär im Verkehrsministerium Sören Bartol diese Einschätzung Strackes: Die Änderungen der Regelungen zur Freistellung von Bahnbetriebsflächen im Eisenbahngesetz wirken sich auch auf die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der brachliegenden Bahnhofsfelder in Pfronten aus. Stadtplanerische Belange wie Projekte der Gesundheits- und Altersvorsorge, der Nahwärmeversorgung, von ÖPNV-Mobilitätsstationen und baulicher Nachverdichtung, wie sie in Pfronten geplant seien, seien nach derzeitiger Rechtslage nicht vorrangig. Weil das zu Härtefällen führen könne, habe die Bundesregierung eine gesetzliche Anpassung angeregt. Mehrere Entwürfe seien aber nicht mehr abschließend beraten worden. Die Entscheidung falle daher erst im neuen Bundestag.

Wie berichtet, war Stracke im Sommer auf Bitten des Pfrontener Bürgermeisters Alfons Haf nach Pfronten gekommen, um sich vor Ort ein Bild von den Plänen der Gemeinde zu machen. Anschließend führte er Gespräche mit der Deutschen Bahn, forderte einen zentralen Ansprechpartner und wandte sich an Verkehrsminister Wissing. Die Antwort aus Berlin wertete er als wichtiges Signal, kritisierte aber die lange Verzögerung: „Die Antwort aus dem Bundesverkehrsministerium hat sich über sieben Monate hingezogen – viel zu lange für eine Angelegenheit, die dringend einer Lösung bedarf.“ (mar)